

INNERE SICHERHEIT

Trojaner-Treffen

Das Bundeskriminalamt (BKA) setzte die umstrittene Trojaner-Software der Firma DigiTask in abgespeckter Form nicht nur selbst ein, sondern rief im Juli 2008 eigens ein Forum zum internationalen Erfahrungsaustausch ins Leben. Die vom BKA initiierte Arbeitsgruppe wurde zunächst sogar nach dem Unternehmen benannt, wie das Bundesinnenministerium nun auf eine Frage des Linken-Abgeordneten Andrej Hunko mitteilte. Danach traf sich die „DigiTask User Group“, an der offenbar vor allem Techniker teilnahmen, erstmals im September 2008 und danach jeweils zweimal jährlich. Das letzte Treffen der zwischenzeitlich unverfänglicher in „Remote Forensic Software User Group“ umbenannten informellen Gruppe fand im April statt. Teilnehmer kamen aus der Schweiz, den Niederlanden und Belgien.

GRÜNE

Frauenschranke geplant

Auf Druck der Parteibasis werden die Grünen voraussichtlich eine formale Hürde für männliche Spitzenkandidaten bei Bundestagswahlen errichten. Wenn Männer wie Fraktionschef Jürgen Trittin oder der Parteivorsitzende Cem Özdemir als alleinige Spitzenleute für die Bundestagswahl kandidieren wollen, müssten die Frauen in der Partei das genehmigen. Das sieht ein Antrag des Berliner Grünen Felix Pahl vor, den wichtige Frauenpolitikerinnen in der Partei unterstützen; auch der Bundesvorstand bezeichnet den Vorschlag als „gut und richtig“. Offen wird in dem Antrag gelassen, auf welche Weise die Frauen eine Schranke gegen männliche Alleingänge errichten können – etwa per Votum der weiblichen Delegierten eines Parteitags. Der Antrag für den Bundestag Ende November in Kiel würde eine neue Vorschrift zur Urwahl von Spitzenkandidaten in der Satzung ergänzen. Bisher sehen die Statuten vor, dass Wahllisten paritätisch mit Frauen und Männern besetzt werden – und zwar mit einer Frau an der Spitze.



MARC-STEFFEN UNGER

Trittin, Özdemir



THOMAS LOHNESE/ DAPD

Entwicklungshelferin, Kinder in Costa Rica

FREIWILLIGENDIENSTE

Fehlende Qualitätssicherung

Junge Erwachsene, die auf Kosten des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) einen Freiwilligendienst im Ausland leisten („weltwärts“-Programm), machen häufig schlechte Erfahrungen. Das geht aus einem bislang unveröffentlichten Untersuchungsbericht hervor, den das Ministerium in Auftrag gegeben hat. „Die Umsetzung des weltwärts-Förderprogramms entspricht nur zum Teil den Vorgaben des BMZ“, heißt es darin. Die Prüfer machten „Defizite bei der Auswahl der Einsatzplätze“ und teilweise „erhebliche Mängel bei der pädagogischen Begleitung vor Ort“ aus. Ein Viertel der Teilnehmer bewertet den eigenen Einsatzplatz als „gar nicht oder kaum für einen Freiwilligen geeignet“. Knapp die Hälfte berichtet davon, „sich ihre Arbeit selbst suchen zu müssen“. Ein Drittel der Partnerorganisationen gibt denn auch an, nur schwer passende Aufgaben für die jungen Deutschen zu finden. Positive Effekte gibt es dem Bericht zufolge bei der persönlichen Entwicklung der Freiwilligen.

KARRIEREN

Deutsche auf der Kippe

Der Wechsel von Werner Hoyer (FDP), Staatsminister im Auswärtigen Amt, an die Spitze der Europäischen Investitionsbank wird mindestens einen Finanzmanager mit SPD-Parteibuch den Job kosten. Da gemäß dem Statut nur ein Deutscher Mitglied des Bankdirektoriums sein darf, wird der bisherige Vizepräsident Matthias Kollatz-Ahnen den Weg für Hoyer freimachen müssen. Der Ingenieur und Volkswirt Kollatz-Ahnen, Ehemann der rheinland-pfälzischen Bildungsministerin Doris Ahnen (SPD), sitzt seit fünf Jahren im Direktorium der Investi-

tionsbank. Ebenfalls um seinen Posten fürchten muss offenbar Thomas Mirow. Der ehemalige Finanzstaatssekretär ist seit 2008 Präsident der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung in London und könnte ebenso mit seinem Job dafür bezahlen, dass mit Hoyer ein weiterer Deutscher einen wichtigen europäischen Posten besetzt. Scharfe Kritik kommt bereits aus der SPD-Bundestagsfraktion. Von einem „schmutzigen Deal“ spricht deren europapolitischer Sprecher Michael Roth. „Bei aller persönlichen Wertschätzung für Herrn Hoyer – es wäre ein Skandal, sollte die Bundesregierung allen Ernstes zwei international hoch anerkannte Experten aus dem Weg räumen wollen, damit Außenminister Westerwelle einen unliebsam gewordenen Parteifreund entsorgen kann.“